

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 18093. — **Berlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familienanzeigen, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Annahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Nochmalige Vertagung der Entscheidung.

### Die Verhandlungen am Montag.

Spa, 13. Juli. (U.) Die Beratungen über die Kohlenfrage begannen gestern damit, daß die Vertreter der Entente erklärten, es müsse prinzipiell bei der Ziffer von 2 1/2 Millionen Tonnen monatlich bleiben. In Zukunft werde dann die Reparationskommission von Fall zu Fall die weiteren Ziffern festsetzen. Versuchsweise soll jedoch für die nächsten sechs Monate die Leistung auf 2 Millionen Tonnen herabgesetzt werden. Diese Forderung wurde vom deutschen Außenminister Simons als undurchführbar bezeichnet. Vielleicht wenn Deutschland sofort in ausreichenden Mengen Lebensmittel erhalte, würde es möglich sein, das deutsche Angebot auf 1 1/2 Millionen Tonnen zu erhöhen. Späterhin würde dann voraussichtlich infolge der Neueinstellung von Bergarbeitern eine weitere Steigerung von monatlich 3 400 000 Tonnen erzielt werden können. Sollte die Entente auf ihrer Forderung bestehen, so zieht Deutschland es vor, sich der Entscheidung durch die Reparationskommission zu unterwerfen. Diese müsse dann aber auch die Ausführung ihrer Beschlüsse und die Verantwortung dafür übernehmen. Die Arbeiterschaft des Ruhrgebietes würde sich wieder von der Entente, nicht von Deutschland die am grünen Tisch gefassten Beschlüsse diktiert lassen. Die öffentliche Meinung in Deutschland sei ohnehin durch das in Spa beliebte Diktatssystem aufs äußerste erregt und könnten leicht schwere Folgen eintreten, wenn davon nicht abgegangen würde. Nach längerer Beratung mit den übrigen Vertretern der Alliierten erklärte Lloyd George, es müsse in der Kohlenfrage bei dem Gesagten sein Bewenden haben. Er räte dringend, die Angelegenheit nochmals ernstlich zu prüfen und neue Vorschläge zu unterbreiten. Diese sagte Minister Simons für heute zu. Die Sitzung wurde sodann auf Dienstag, nachmittags 1/4 Uhr vertagt.

### Der Sachverständigenbericht der Alliierten.

Spa, 12. Juli. Der Bericht der Sachverständigen der Alliierten in der Kohlenfrage lautet: Die Sachverständigen der Alliierten sind der Ansicht, daß die von der deutschen Delegation vorgetragene Ziffern nicht derartig sind, daß sie irgendeine Besserung in den Dispositionen des am 5. Juli mitgeteilten Protokolls rechtfertigen würden.

### Noch kein Ende der Konferenz.

Spa, 12. Juli. (Havas.) Es herrscht die Befürchtung, daß die Arbeiten der Konferenz am Montagabend nicht abgeschlossen werden können. Nach Schluß der Sitzung des Obersten Rates von heute vormittag erklärte Millerand, daß seine Absicht, die zuerst am Sonntagabend angefangen war, vertohben worden sei. Die Konferenz werde ihre Arbeiten fortsetzen.

### Die Entschädigung Belgiens.

Spa, 12. Juli. Nation beige berichtet, daß die Verhandlungen über die Verteilung der deutschen Entschädigung gestern einen großen Fortschritt gemacht hätten; zunächst sei Belgien der Anteil von 8 Prozent endgültig zugestanden worden unter den von ihm gestellten Bedingungen der Belbehaltung der Seepfisen und der Anerkennung des Maritabkommens. England habe zuerst Einwände gemacht, aber nach Erlangung gewisser Kompensationen seitens einer andern Macht (wie das Blatt glaubt Griechenland), gleichfalls zugestimmt. Das Maritabkommen hätten die alliierten Mächte durch die Reparationskommission anerkennen lassen und hätten ihm ihre Zustimmung gegeben. Ueber Einzelheiten der Rückzahlung seitens Deutschlands werde mit Deutschland nach Beendigung der Konferenz von Spa verhandelt werden müssen. Belgien erhalte außerdem das Versprechen, 40 Prozent in Natura von den Sachleistungen zu erhalten, zu denen Österreich und Ungarn durch den Friedensvertrag verpflichtet seien. Auch die Frage der Deckung der belgischen Priorität von zwei Milliarden Goldmark (nicht 2 1/2 Milliarden, wie man dem Blatt zufolge irrtümlich behauptet) sei gleichfalls entschieden; die Deckung geschehe dadurch, daß man Belgien gewisse Kredite abtzieht, die Deutschland in mehreren fremden Staaten besitzt, so in Dänemark (400 Millionen dänische Kronen, entstanden durch Abtretung der ersten schleswigschen Zone), in Brasilien (entstanden durch die großen Seepfisen in den brasilianischen Häfen), in den Vereinigten Staaten (entstanden durch den Ueberfluß der unter Sequester verkauften Güter in den Vereinigten Staaten), in Luxemburg (wegen der Kohlenlieferungen im Betrage von 5 Millionen Frank monatlich), in fast allen Staaten der Welt aus Lieferungen von Farbstoffen und schließlich eine gewisse Summe aus dem Verkauf des in den deutschen Arsenalen befindlichen Kriegsmaterials. Nach einem Abkommen, dessen Unterzeichnung bevorstehe, werde die Deckung der Priorität am 1. Mai 1921 beendet sein. Sei sie es nicht, so erhalte Belgien den Rest aus dem ersten Abschritt der internationalen Anleihe, die ihm bis zu 50 Prozent zugestimmt sei. Das Blatt berichtet weiter, daß man übereingekommen sei, daß zukünftig die Unterhaltungskosten für die Okkupationsarmee auf der Grundlage von 16 französischen Franken pro Kopf und Tag berechnet würden, während sie bisher 65 Franken täglich für die amerikanischen und 35 Schilling für die englischen Soldaten betragen. Belgien seien ferner die sechs Schiffe von mittlerer Tonnage und sechs von unter 10 000 Tonnen, die von ihm als gute Preise erklärt wurden, und alle in Seebrügge, Ostende und an der

Rüste genommenen Schiffe zugesprochen worden, insgesamt 130 000 Tonnen. — Diese 130 000 Tonnen sollten Deutschland bei der Entschädigung nicht angerechnet werden, wenigstens verteidigten die belgischen Minister diesen Standpunkt. Belgien fordere außerdem noch 200 000 Tonnen, die durch deutsche Unterseeboote versenkt seien.

### Ein Vorschlag der Alliierten auf Ermäßigung der französischen Forderung.

Spa, 12. Juli. (U. I. B.) Die Alliierten haben Frankreich einen Vorschlag gemacht, der Frankreich dazu bestimmen soll, entgegenzukommen und die Kohlenforderungen an Deutschland von 2 400 000 Tonnen auf 1 800 000 Tonnen zu ermäßigen. Sinnlos wurde heute als deutscher Sachverständiger von der Kohlenkommission gehört.

### Verhandlungen des Obersten Rates über Polen.

Spa, 12. Juli. (U. I. B.) Der Oberste Rat hat, wie in alliierten Kreisen bekannt wird, gestern eine Sitzung abgehalten, um die Frage von Danzig, Teschen und die Lage von Polen zu besprechen.

### Gegen die geplante Erhöhung der Nahrungsmittelpreise.

Berlin, 13. Juli. (Eigene Drahtmeldung der U. I. B.) Die Erklärung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft in der Reichstagsitzung vom 2. Juli, wonach eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise um 55 Prozent geplant sein soll, hat nach einer Meldung des Vorwärts in den Kreisen der wachsenden Bevölkerung lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Die beiden Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und die Ufa, haben sich deshalb an das Ernährungsministerium mit einem dringlichen Schreiben gewandt und gegen die geplante weitere Belastung der Konsumenten Einspruch erhoben. Es wird u. a. darauf hingewiesen, daß bereits die gegenwärtig hohen Lebensmittelpreise die Volksgesundheit aufs äußerste gefährdet haben. Die Gewerkschaften lehnen auch eine Regelung ab, wonach etwa eine Erhöhung der Erzeugerpreise ohne Steigerung der Kleinhandelspreise stattfinden, d. h., daß die Kosten für die Erhöhung der Erzeugerpreise vom Reich getragen werden, in letzter Linie aber auch hier die breiten Bevölkerungskreise indirekt die Belastung zu tragen haben. Es wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Regelung die Absicht der Preiserhöhung fallen läßt und mit dem von allen Seiten geforderten Abbau der Preise unverzüglich beginnt.

### Gegen die Pulshetze.

Um allen Verleumdungen und den im Reiche umlaufenden Gerüchten über Bildung einer Roten Armee in Braunschweig entgegenzutreten, hat das Staatsministerium an den Braunschweiger Gesandten in Berlin folgendes Telegramm gerichtet:  
Pressemitteilungen zufolge soll Braunschweigs öffentliche Sicherheit und Ordnung durch kommunistische Umtriebe bedroht sein. Diese Pressemitteilungen verfolgen den Zweck die Regierung zu einem Einschreiten in Braunschweig zu veranlassen und geben von ganz bestimmter Seite aus. Teilen Sie Reichsregierung mit, Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit in Braunschweig ist völlig ruhig und leidet im Einderständnis mit ihren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen einen provokatorischen Generalstreik entschieden ab. Unruhen sind in Braunschweig seit Jahr und Tag nicht vorgekommen, auch keine Lebensmittelpremisse in letzter Zeit. Flugblätter von Provokateuren oder unreifen Buben, mit Unterschrift „Provisorisches Oberkommando“, sind von gesamer Arbeiterschaft abgelehnt. U. S. B. D. hat Warnung vor Provokationen erlassen. Alle Zeitungsnachrichten über Unruhen in Braunschweig sind reaktionäre Machen, um sozialistischer Regierung in Braunschweig Angelegenheiten zu bereiten.  
Staatsministerium. ges. Dexter.

### Der Wiederzusammentritt des Reichstags.

Berlin, 13. Juli. (U. I. B.) Die durch die Verhandlungen in Spa unterbrochenen Verhandlungen des Reichstages werden, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, am 28. Juli wieder aufgenommen werden und bis zum 6. August andauern. Es werden noch wichtige Gesetze verabschiedet, außerdem Beschlüsse über die Ereignisse der deutschen Unterhändler mit den Vertretern der Entente in Spa herbeigeführt werden. Am 6. August soll die Vertagung des Parlaments bis zum September erfolgen.

### Die Konferenz von Spa und der Zusammenbruch des Imperialismus.

F. P. Der Weltkrieg, den eine lange Periode intensiver imperialistischer Expansion vorbereitete und verursachte, hat die kapitalistische Produktions- und Gesellschaftsordnung aus den Angeln gehoben. Unermessliche materielle und ideale Werte sind im Interesse und zum Teil wahnwitziger imperialistischer Pläne zerstört worden, die Produktionsmittel in Industrie und Landwirtschaft sind bis auf den Grund ruiniert, so daß die Befriedigung des Konsumbedürfnisses der Menschheit heute nicht nur für Mitteleuropa, sondern für die gesamte kapitalistische Welt eine kritische Frage ist, das Verkehrsweisen und die Rohstoffversorgung der ganzen Welt zusammengebrochen, ungeheure, beispiellose Mißstandszustände, die von ebenso unerträglichem und undurchführbarem Steuerlasten begleitet sind, drohen die Völker zu erdrücken, Millionen der besten, arbeitsfähigen Männer modern auf den Schlachtfeldern, deren dem Elend preisgegebenen Hinterbliebenen, wie die Millionen Kriegskrieger die Gesellschaft ganz enorm belasten — kurz, wohin wir auch blicken, überall die sich noch immer tiefer fressenden Wirkungen des fünfjährigen Weltwahnwitzes und die absolute Unmöglichkeit unter dem kapitalistischen System, das Chaos zu überwinden. Das sind auch die tieferen Ursachen der gegenwärtigen ökonomischen und politischen Weltkrise; Waffenstillstand, Friedensvertrag, Friedensschluß und die zahlreichen Konferenzen, deren vorläufige letzte gegenwärtig in Spa zur Lösung der ungelösten drängenden Aufgaben stattfindet, können an diesem unverrückbaren Tatbestand nichts ändern.

Seit einem Jahr wird der Gewaltfriede von Versailles gestritten und umkämpft. Die Bedingungen und Forderungen der Friedensverträge von Versailles und Saint Germain sind in der Tat von Mitteleuropa einfach unerschwinglich. Aber man soll bei der Bekräftigung des Friedensvertrages, der, wie alle „Friedensverträge“ der Geschichte, doch nur als eine Auswirkung des Krieges angesehen werden kann, sich davor hüten, in oberflächlichen politischen oder moralischen Dementationen unterzugehen und dabei die tatsächlichen ursächlichen Zusammenhänge zu übersehen. Das internationale Proletariat wird als Todfeind des Imperialismus sich naturgemäß mit aller Kraft und Leidenschaft gegen dessen verbrecherische Politik wenden, ob es sich nun um die Verhütung eines Krieges oder um einen „Frieden“ handelt, der die Fortführung des Krieges mit andern Mitteln bedeutet. Aber man wird sich bei letzterem darüber klar sein, daß man von einer Regierung imperialistischer Allianz nicht einen Verständigungsfrieden oder gar einen dauernden Frieden der Völkerveröhnung erwarten kann. Von solchen Illusionen, die am gefährlichsten dann sind, wenn sie zum politischen Grundpaß erhoben werden, hat sich das sozialistische Proletariat unter allen Umständen freizuhalten, denn sie sind letzten Endes eine Begünstigung und Stärkung des Imperialismus. Ohne viel Prophetengabe kann man deshalb heute schon voraussagen, daß die Konferenz von Spa den Diktatfrieden von Versailles nicht in einen Verständigungsfrieden umwandelt; daß die geringfügigen Änderungen, die vielleicht vorgenommen werden, die der Lösung harrenden wirtschaftlichen und politischen Aufgaben nicht befähigen. Und die Entente läßt sich bei dieser grundsätzlichen Haltung keineswegs leiten von blinder politischer Leidenschaft, rücksichtslosem Vernichtungswillen; sondern von politischen Erwägungen und Berechnungen, ja noch mehr von absoluten finanziellen Notwendigkeiten, vor die sie der „negativen“ Krieg gestellt hat.

Der Weltkrieg endete mit dem Siege des Ententeimperialismus. Bei Abschluß des Waffenstillstandes waren indes die wirtschaftlichen und finanziellen Lasten und die Menschenverluste auf beiden Seiten, wenn man von Amerika abliest, verhältnismäßig fast die gleichen. Besiegt waren faktisch beide Parteien, die Verluste beiderseits stellten die allgemeine Erschöpfung in nahe Aussicht. Amerika gab den Ausschlag und Wilson übernahm mit seinen 14 Punkten die Garantie für einen Verständigungsfrieden, der dem Besiegten lediglich die Last der Wiedergutmachung aufzuerlegen gedachte. Wilson ist mit seinen Absichten und Plänen befanntlich völlig gescheitert. Die persönliche Seite des Falles interessiert uns hier nicht, keineswegs aber ist Wilson als ein Opfer der mephistophelischen Künste Clemenceaus, sondern vor den Notwendigkeiten des Ententeimperialismus gescheitert, dem nichts ferner lag als eine Verständigung mit dem mitteleuropäischen Block, dessen Niederlage für ihn unter allen Umständen zum Überwältigenden Sieg und Gewinn werden mußte. Wie in der Natur der kapitalistischen Konkurrenz liegt es auch in der Natur des Imperialismus, der ja nur die Konkurrenz auf ihrem Gipfelpunkt darstellt, daß es sich mit dem niedergeschlagenen Gegner nicht ver-

Müdigkeit, die mit ihm als Lebensgenossen losbarlich erkärt, sondern er unterwirft sich den Geschlagenen, macht ihn sich untertänig und tributpflichtig, betrachtet ihn als ein Ausbeutungsobjekt, das die Kosten des opferreichen Kampfes zu tragen hat. So verfuhr Deutschland in West- und Ostpreußen mit Rußland und Rumänien, so ist die Entente bald darauf mit Deutschland und Oesterreich verfahren. Diese reine Diktatur des Macht- und Ausbeutungswillens entspricht so sehr dem Interesse und Wesen des Imperialismus, daß man dabei nicht länger zweifeln braucht.

Aber es ist notwendig, sich vor Augen zu führen, welche wirtschaftlichen und finanziellen Ursachen den Ententeimperialismus zwangen, den Verständigungsfrieden zu verwerfen und an dessen Stelle in jeder Hinsicht die Diktatur zu setzen. Das erforderliche vom kapitalistisch-imperialistischen Standpunkt vor allem finanzielle Notwendigkeiten. Die Hunderte von Milliarden, die der Krieg verschlungen hatte, bedeuteten nach dem „Siege“ immer noch den Bankrott des Landes, wenn nicht, um mit dem genialen Heffrich zu reden, „das Bleigewicht der Kriegslasten dem geschlagenen Gegner an die Beine gehängt“ wurde. Von diesem imperialistischen Grundgesetz ließ sich die Entente leiten, als sie angesichts der eigenen Finanzkatastrophe die finanziellen Bedingungen des Versaillesvertrages aufstellte.

England, die führende Macht in der Entente, ist zwar auf Grund seiner besonders günstig eingestellten Wirtschafts- und Steuerpolitik zu einem erheblichen Teil über die Ausgaben für den Krieg hinweg, aber sein Scheinbar gut balancierendes Staatsbudget entspricht mehr einer raffinierten Rechenkunst als den tatsächlichen Verhältnissen. Immerhin mag zugegeben werden, daß England von allen kriegführenden Mächten über die gesündeste Finanz- und Wirtschaftslage verfügt, die, wenn sie in den andern Staaten gleich oder ähnlich wäre, eine nahezu reibungslose Ueberwindung der Kriegswirkungen ermöglichte. Das hindert natürlich die englische Kapitalistenklasse nicht, sich für die in Gestalt von Kriegssteuern entgangenen Kriegsgewinne durch eine deutsche Milliardenentschädigung schadlos zu halten.

Das Gegenstück zu Englands relativ günstiger Finanzlage sind die Finanzen Frankreichs. Die finanzielle Ueberbürdung Frankreichs ist auf die Dauer unerträglich und wohl kaum überwindbar. Ungeachtet des Sieges und des Friedens sind die Ausgaben durch die Kriegswirkungen immer noch gestiegen. Das französische Staatsbudget für 1919 weist Ausgaben von 47 Milliarden auf, wogegen die Einnahmen nur 21 Milliarden betragen; es bleibt also ein tatsächliches Defizit von 26 Milliarden. Frankreich hilft sich so gut es geht durch äußere und innere Anleihen, indes eine wirkliche Deckung ist das nicht. Eine wirklich durchgreifende Steuerpolitik, wie etwa England, wagt Frankreich im Interesse des inneren Friedens nicht und es fragt sich auch, ob das französische Volk eine derartige Befastung verträgt. Ganz sicher würde der ernstliche Versuch, die französische Finanzlast durch Steuern abzubauen, von den heftigsten sozialen Erschütterungen begleitet sein, die den Bestand der Staats- und Gesellschaftsordnung in Frage stellen. Die Klasse Furcht vor der sozialen Revolution hat die Herrschenden Frankreichs bisher von solchen Maßnahmen abgehalten, hat sie den entschieden bequemeren Weg gehen lassen, dem Volk nicht nur die Wiedergutmachung der zerstörten Gebiete, sondern auch die Bezahlung des größten Teils der Kriegsschuld durch das besiegte Deutschland in Aussicht zu stellen — daselbst Deutschland, das unter den eigenen finanziellen Lasten zusammenbrechen muß. Aber das ist nur ein Paradoxon der durch den Krieg geschaffenen internationalen Finanzlage: der militärische Sieger, aber finanziell und wirtschaftlich Besiegte, fordert die Tragung seiner Lasten von dem geschlagenen Gegner. Eine absolute Unmöglichkeit, deren Verwirklichung von blinden Machtpolitikern dennoch mit allen Mitteln versucht wird. Die totale Aburteilung dieses Planes wird aller Welt erst dann offenbar werden, wenn alle Versuche, sich an dem Besiegten völlig schadlos zu halten, gescheitert sind, wenn die Rechnung sich mit untrüglicher Sicherheit als falsch erwiesen hat, wenn die Last des Krieges in ihrer ganzen Schwere auch auf den Sieger fällt.

Nicht viel besser als Frankreichs ist Italiens Finanzlage: Eine ungeheure Kriegsschuld und der Staatshaushalt in der schlechtesten Lage, unverhältnismäßig viel höhere Ausgaben als Einnahmen, eine erschreckend passive Handelsbilanz, schlechter Stand der Wälder, Wirtschaftskrise, Teuerung, soziale Not, erbitterte Klassenkämpfe. Im Oktober 1918 stellte Nitti in einem Brief an seine Wähler fest, daß die Staatsausgaben dreimal so groß sind als die Einnahmen, daß alle Staatsunternehmungen mit Verlust arbeiten, die Einfuhr fünfmal höher ist als die Ausfuhr, die Staatsschulden sich demzufolge monatlich um ungefähr 1 Milliarde Lire erhöhen. Seitdem ist es in Italien nicht besser geworden. Nach einer finanziellen Ueberprüfung, die der Schatzminister Mele am 28. Juni der Kammer vorlegte, betragen die Einnahmen 10,5 Milliarden Lire, die Ausgaben dagegen 25,735 Milliarden Lire — dabei hat sich Italien bereits für drei Jahre den Zinsendienst für Auslandsanleihen stunden lassen — den Fehlbetrag hofft die Regierung durch schärfere Besteuerung, Sparfaktigkeit usw. einbringen zu können. Indes erwartet Italien im Ernste die Besserung seiner Finanzen nicht von Steuern und Sparfaktigkeit, sondern durch die von Deutschland erhoffte Entschädigung. Der trügerische Wahn einer namhaften Kriegsentenschädigung hat angesichts der Trostlosigkeit der eigenen Finanzen die Sieger durchweg ergriffen.

Die am Kriege beteiligt gewesenen Balkanstaaten, namentlich Serbien, verfügen überhaupt über keine geordnete Finanzwirtschaft. Entweder es wird ihnen wirklich geholfen, sei es durch Wiedergutmachung und Entschädigung, sei es, daß die Entente Hilfe leistet — oder sie sind jahrzehntelangem Ruin preisgegeben.

Das ist in großen Umfassen, die Finanzlage der „Krieglichen“ Entente. Die ungeheuresten Schuldenlast, die Notwendigkeit des Wiederaufbaues hat sie, nur die eigenen imperialistischen Interessen während, zu den finanziellen Bedingungen des Versaillesvertrages genötigt. Wir wiederholen, daß von einer militärisch siegreichen imperialistischen Allianz andre finanzielle Friedensbedingungen nicht zu erwarten waren, und es ist müßig, Betrachtungen darüber anzustellen, ob die Ententeorderungen ermäßigt oder erhöht werden: erfüllbar sind sie in keinem Falle. Der Gewaltfrieden des Imperialismus wird durch einige Modifikationen oder Mitberungen seinen Charakter nicht verlieren; der Imperialismus als politische und ökonomische Herrschaftsform hat trotz dieser Reorganisationsversuche ausgespielt, er hat die Grundlage seiner Existenz und Weiterentwicklung zerstört und wird dem Untergange nicht enttrinnen können.

## Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen.

Der Abstimmungsausfall in Ost- und Westpreußen ist politisch von allergrößter Bedeutung und seine Wirkung auf Polen und auf die übrige Politik überhaupt wird sehr stark sein: Zu 88,2 Prozent hat die Bevölkerung in Ostpreußen für Deutschland votiert und die Westpreußen zu 92 Prozent. Das ist ein Ergebnis, das niemand erwartet hat. Es ist aber notwendig, darauf hinzuweisen, wie dieses Ergebnis zustande gekommen ist. Es ist nicht etwa durch die patriotische Propaganda der Deutschen erreicht worden, diese hätte oft eher das Gegenteil bewirken können, etwa so, wie das Verhalten der deutschen Ballstümer beim Rückzuge nach Deutschland.

Es wirken viele politische und wirtschaftliche Umstände mit, aber entscheidend für das Ergebnis ist, daß die Arbeiterklasse, besonders die unabhängig sozialdemokratische, geschlossen für Deutschland gestimmt hat. Wahrscheinlich nicht aus Liebe zum gegenwärtigen Regime, das sie nicht viel besser als das frühere behandelt und auch nicht aus nationalistischen Gründen, denn das alte deutsche Nationalstaatshaus wollen die dortigen Arbeiter nicht wieder herstellen, sondern aus der Erkenntnis, daß von der deutschen Arbeiterklasse der wirkliche Aufstieg zur Kultur kommen muß.

Sicher hat die Niederlage Polens, die trostlosen Zustände in Polen selbst, die Erschießung der 17 unabhängigen Arbeiter in Graudenz durch die Polen, wesentlich dazu beigetragen, daß die Bevölkerung für Deutschland gestimmt hat. Die Zukunft, die ihrer in Polen harret, steht so trübe aus, daß namentlich in Westpreußen, wo die Polen am stärksten vertreten sind, der größte Teil von ihnen für Deutschland gestimmt hat. Die Polen haben das polnische Regiment in den deutschen Provinzen am eigenen Leibe gespürt, sie waren also hinreichend gewarnt vor der Rückkehr ins „Vaterland“.

Mit besonderem Nachdruck muß aber betont werden, daß die Abstimmung unter keinen Umständen als Erfolg der deutschen Politik gebucht werden kann. Ganz abgesehen von der Stärkung des Polentums durch die famose Schöpfung des polnischen Königreichs ohne König durch Vethmann-Hollweg, hat gerade die habsburgische Politik die polnische Bevölkerung in Deutschland dem „Mutterlande“ in die Arme getrieben. Seit diese Politik nachgelassen und seit die Arbeiterklasse die polnisch-imperialistische Politik kennengelernt hat, ist der Umschwung eingetreten. Die Wirkung war verschiedenes. Teile der deutschen Bourgeoisie in den Ostprovinzen tendierten damals nach Polen, weil sie dort bessere Ausbeutungsmöglichkeiten für ihr Kapital witterten, ja die bürgerliche Presse war vor etwa einem halben Jahre von Notizen voll über den halben Landesverrat der bürgerlichen Elemente, die mit den Polen liebäugelten; besonders die Danziger Bourgeoisie witterte große Profite, wenn sie zur Entente und zu Polen halten würde. Jetzt hat freilich auch bei der deutschen Bourgeoisie in den Ostprovinzen der Wind umgeschlagen, denn sie richtet sich sehr schnell nach der jeweiligen politisch-wirtschaftlichen Konjunktur. Sie muß jetzt ebenfalls für ihr „gestiebtes Deutschland“ gestimmt haben, das sie um des schönsten Gewinnes willen noch vor einem halben Jahre verlassen und den Anschluß an Polen mitgemacht hätte.

Eine große Bedeutung hat das Ergebnis natürlich auch für Oberschlesien. Selbst Schlesien ganz bei Deutschland, dann ist der imperialistische Traum der polnischen Bourgeoisie vom Großpolnischen Reich vorüber. Eine halbwegs vernünftige deutsche Politik hätte es leicht, die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Deutschlands zu beeinflussen; allerdings kostete Mittel mühten dabei streng verpönt werden.

## Gesinnungsschnüffelerei bei der Sicherheitspolizei.

Von der Sicherheitspolizei im Sennelager werden an die Polizeibehörden derjenigen Orte, aus denen sich Bewerber zur Sicherheitspolizei gemeldet haben, auf vorgebrachten Formularen folgende folgende Inhalts gerichtet:

Sicherheitspolizeischule 3. Sennelager, 28. Juni 1920.

Abtl. Ersatz 1 Nr. 13 822 W.

Der Polizeibehörde von dort, geb. . . . . hat um seine Einstellung als Polizeibeamter bei der Sicherheitspolizei gebeten.

Es wird baldgefl. vertrauliche eingehende Aeußerung über den Ruf und die Führung des Bewerbers gebeten. Eignet er sich in jeder Beziehung zum Polizei-Exekutivbeamten?

Ist er politisch völlig einwandfrei? In welchem Anse, auch in politischer Richtung, stehen die nächsten Angehörigen des . . . . .

Die Feststellungen bitten wir nur durch einen oberen Beamten treffen zu lassen.

U. D. (Unterschrift unleserlich).

Die Reichswehr ist dank dem Treiben der Regierung von einer Schutzgarde der Republik zum Hort der Reaktion und des Monarchismus geworden. Allem Anschein nach soll die Sicherheitswehr nun nach dem gleichen Prinzip zu einem Instrument der Kontroversenrevolution umgewandelt werden, denn zu welchem Zweck wird sonst die politische Frage nach der politischen Gesinnung aufgeworfen und ausdrücklich Antwort von einem oberen Beamten verlangt? Diese oberen Beamten werden aus alter monarchistischer Tradition heraus einem Sozialisten und Republikaner ganz gewiß nicht das Zeugnis ausstellen, das erforderlich ist, um in die „gesinnungsreine“ Sicherheitspolizei aufgenommen zu werden. Unsere Genossen in den einzelstaatlichen Parlamenten werden auf diese Sicherheitspolizeischulen in Zukunft ein wachames Auge richten müssen, wenn allen reaktionären Bestrebungen nach Möglichkeit schon im Werden die Spitze abgebrochen werden soll.

## Die „Aufgehösten“ in Bayern.

Nicht nur in Leipzig, auch in andern Städten, besonders in Bayern, sind die Zeitsfreiwilligen „aufgehöst“, bestehen aber als Reserve-Truppen der Reichswehr in neuer Organisationsform weiter. Bei den letzten Lebensmittelaufmärschen in Würzburg sind diese Heidenjünglinge in Aktion getreten. Ihre Ausweichtarten waren vom 29. und 30. Juni datiert, trotzdem nach Veröffentlichungen der Regierung die Zeitsfreiwilligen bereits im Mai als ausgehöst bezeichnet wurden. Wie der fränkische Volksfreund mittelst, fuhr man am 29. Juni drei Lastautos voll solcher Jünglinge in Kniehöfen und Schillertragen in provokierender Weise am Publikum vorbei. Der Organisator der Sache ist der frühere Führer der Marschgruppe, Hauptmann v. N. Albert, in dessen Wohnung so eine Art Hauptquartier aufgeschlagen war. Im Gefängnis hof wurden die „Helden“ einbezogen. Sogar über Artillerie verfügen die „Aufgehösten“. Die Infanterie-Begleit-Batterie, das ist ihre Formation, hat regelmäßige Zusammenkünfte.

In Spa erklären die deutschen Vertreter feierlich, daß die Zeitsfreiwilligen aufgelöst seien, und in Leipzig, Würzburg und andern Städten wird munter darauflos organisiert, um die Aufgehösten in neuer Form zu erfassen. In ihren Wohnungen haben die Waffenlager und General von Seuffert erklärt, die Regierung habe nicht die Macht, die Entwaffnung durchzuführen. Herr Seuffert von Pilsach hat sie jedenfalls auch nicht, sonst hätte er uns die an ihn gestellten Fragen schon beantwortet.

## Ein Pogrompuffschplan.

Wien, am 10. Juli 1920.

(b.) Die internationale Kontroversenrevolution ist an der Arbeit. Lüttich und Bauer waren vor einigen Tagen in Budapest. Heute liegen schon Dokumente über Vorbereitung eines Militärputsches vor. Der Kongress hat die Regierung zur Demission gezwungen. Seit drei Wochen kann die Krise nicht gelöst werden, weil die Militärpartei, Hejjas-Pronay und Konforten, die nackte Militärdiktatur fordern. Darin werden sie unterstützt von den Lüttich-Leuten.

Am 27. Juni — also 7 Tage nach der Verhängung des Bonfotts, wurde im Kriegsministerium eine Offiziersversammlung abgehalten mit der Tagesordnung: Die Regierungskreise. Referenten waren die berühmten Terroristen Oberleutnant Hejjas, Hauptmann Pronay, Ostenburg, Nagy und Bengel, der Präsident des Offiziersverbandes, Nationalrat Gömbös, der Oberst Graf Csaky, ein Intimus und Kriegskamerad des deutschen Obersten Bauer. Anwesend waren 202 Offiziere. Hejjas als Generalreferent befragt die Unentschiedenheit des christlichen Kurjes. Es wurde seit dem Sturz der Räteregierung fast nichts für die Befestigung des christlichen Kurjes gescheit, man verhandelt mit Sozialdemokraten und Juden; dieser Rußhandel vernichtet die christliche Richtung. Er ist ein Mann der Tat und ist nicht geneigt, noch länger zu duben. Er steht auf dem intransigenten christlichen Standpunkt und ist bereit, alle gegnerischen Institutionen und Personen des christlichen Kurjes ohne Rücksicht zu vernichten. Die Rede des Würdigers Hejjas wurde mit stammender Begeisterung aufgenommen.

Nach Hejjas sprachen in demselben Sinne Pronay, Graf Csaky, Bengel und Ostenburg. Gömbös riet zur Berücksichtigung der außenpolitischen Lage, er wurde aber von den Offizieren niedergeböhrt. Während seiner Rede erscheint Kriegsminister G. o. e. s., Generalstabsoberst Berzeviczy und in Vertretung des Gouverneurs Horthy dessen Flügeladjutant Altmeyer Magaschay. Nach einer ausführlichen Debatte wurde eine Entschädigung angenommen, wonach eine fünfgliedrige Kommission, bestehend aus Hejjas, Ostenburg, Bengel, Pronay und Bibo, gewählt wurde. Die Kommission soll in 48 Stunden die Pläne des Pogrompuffsches ausarbeiten und der Offiziersversammlung vorlegen. Das Protokoll wurde von allen Anwesenden unterzeichnet. Die Kommission hat ihren Entwurf angefertigt, der im Wortlaut vorliegt. Es wurde eine neue Offiziersversammlung für den 4. Juli i. J. einberufen. Die gedruckte Einladung ist ein Schulbeispiel für Pogromaufre. Es werden beschimpft Sozialisten, Juden, getaufte Juden, Freimaurer, der Begründer des christlichen Kurjes, der vormalige Ministerpräsident Karl Henar (der bekanntlich in der Nationalversammlung am 5. Juni gegen die Terroristen Stellung nahm) wird als Panamist beilicht, der Minister für Unterricht, Franz Halle, ein alter Christlichsozialer, als Verräter, der Finanzminister K. o. r. a. n. y als Jude denunziert. Die Einladung fordert gegen Sozialisten und Juden stait Zögerung Taten. Der aus 9 Punkten bestehende Vorschlag der Kommission wurde mit großer Begeisterung einhellig angenommen. Er lautet:

1. Besetzung der Post- und Telephonanstalten. Wird durchgeführt durch das Detachement G. m. b. s. 2. Polizei wird entwaffnet; Durchführung Ostenburg-Detachement; 3. Besetzung der Redaktion und Administration der Neppave Parteiorgan der sozialdemokratischen Partei. Ann. d. R., und Wisag (bürgerlich-radikale Zeitung, Ann. d. R.). Die Redakteure, Mitarbeiter und Angestellten sind zu verhaften, die sich widersetzen, sind an Ort und Stelle zu erschließen. Durchführung Leutnant Bibo mit einer zu diesem Zweck organisierten Abteilung; 4. Mit dem Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei und mit den jüdischen Kapitalisten wird in zwei Abteilungen das Hejjas-Detachement abrechnen (d. h. wird sie ermorden, Ann. d. R.); 5. Mit den Internierten und andern politischen Häftlingen werden die unter dem Kommando der Offiziere Baal und Csiba gestellten Abteilungen (belläuf 1 Bataillon, ausgerüstet mit Maschinenwaffen, Artillerie und Minenwerfer) nach Möglichkeit abzurechnen. Diese Abteilung soll einige Tage vor dem festgesetzten Termin abmarschieren, um alle Maßregeln am selben Tag durchzuführen. Am 5. Sonntag wird in der Festung eine Division kampfbereit gehalten. Referenzen in den Vororten je ein Regiment; 6. Arbeitsstätten und Arbeiterbezirke werden militärisch umzingelt, verdächtige Elemente werden niedergemacht; 7. Juden — soviel als möglich — sind auszurufen. Jeder ist — auf den Straßen, Tramway usw. — zur Legitimierung aufgefordert. Jüdisch Verdächtige werden verhaftet, Christen werden aufgefordert, sofort in ihre Wohnungen zu gehen. Zu diesem Zweck werden kommandierte Abteilungen in den Straßen umherzuweisen; 8. Stichtag und Zeitpunkt wird durch die geheime Abteilung des Landesverteidigungsministeriums — aber nur mit einigen Stunden vorher bekanntgegeben; 9. In der Provinz: Programm wie in Budapest.

Dieser Vorschlag wird zur Kenntnisnahme an den Gouverneur und Landesverteidigungsminister vorgelegt.

Es ist nicht genau gemeldet worden in Ungarn. Herr Horthy und seine besten Offiziere, Hejjas, Pronay usw. wollen noch mehr Arbeiterblut. Dieser Puffschplan hat sich die Ausrottung der Arbeiter zum Ziel gesetzt. Der Plan wurde den Ententevertretern und der Bonfottkommission übermittelt; vielleicht gesinnt es, diesem Massenmord vorzugreifen und die unglücklichen Arbeiter zu retten.

Was Regierung und Nationalversammlung zu tun gebent ist fraglich. Die Offiziersverbände verfügen über Waffen und Militär, die Polizei, die einmalige „regierungslos“ bewaffnete Truppe, ist zu schwach gegenüber den Terroristen.

Wird Europa, wird die Zivilisation, die Kultur, noch lange diese Zustände in Ungarn ertragen? Und die Mächte in Spa? Denken die Herren nicht d. a. r. a. n., statt die deutschen Arbeiter die ungarischen Arbeiter zu entwaffnen? Wenn nicht, dann werden die Ententeherren bald etwas erleben. Lüttich (Berlin) und Hejjas (Budapest) arbeiten Hand in Hand!

## Die Gewerk'chaften und die irische Frage.

Am 13. Juli tritt in London der Gewerkschafts-Kongress zusammen, der sich mit der irischen Frage befaßt soll. Man will zu einer Klarheit darüber kommen, welche Stellung die organisierte Arbeiterklasse zu den andauernden Militär- und Munitionstransporten einnehmen soll. Das ist um so nötiger, als die Zurückziehung einer Order an die Eisenbahner, keine Munition zu transportieren, große Unzufriedenheit und ein gewisses Durcheinander hervorgerufen hat.

Der Verband der Eisenbahner hat zu dem Kongress eine Resolution eingebracht, die besagt, daß die gegenwärtige Lage in Irland nicht gestatte, daß eine Gruppe von Arbeitern allein vorgehen, sondern daß die gesamte organisierte Arbeiterbewegung Stellung nehmen müsse. Die Ursache der gegenwärtigen Lage sei 1. die Weigerung der britischen Regierung, die viele Jahre hindurch auf konstitutionellem Wege vorgebrachte Forderung des irischen Volkes anzuerkennen, und 2. das Verjagen der britischen Regierung, diejenigen zur Verantwortung zu ziehen.

Die Gesetze und Ordnung mitschaffenden und offene Rebellion unterdrückten. Ihr Beispiel findet jetzt Nachfolger auf der andern Seite. Weiter heißt es: „Die Konferenz ruft deshalb im Namen der organisierten Arbeiter Großbritanniens zu einem Waffenstillstand zwischen allen Parteien auf, in dem das irische Volk selbst keine Macht benutzen möge, alles Warden und alle Vorgehensweisen zu verhindern, und in dem die Regierung die Okkupationsarmee zurückziehen solle. Falls ein solcher Waffenstillstand zustande kommt, soll die Regierung sofort ein irisches Parlament eröffnen mit der ganzen Machtvollkommenheit der Dominions in allen irischen Angelegenheiten mit angemessenem Schutz der Minderheitsinteressen.“

Der Bergarbeiterverband hat eine Gegenresolution eingebracht, die besagt:

„Dass diese Konferenz gegen die britische Militärherrschaft in Irland protestiert und den unerhörten Angriff auf die Freiheit und Unabhängigkeit des irischen Volkes verurteilt.“

Sie verlangt die sofortige Zurückziehung der Truppen von Irland und fordert das Parlamentarische Komitee auf, die Einberufung eines besonderen Gewerkschaftstages zu beschleunigen, damit die organisierte Arbeiterschaft ihre Haltung in Bezug auf die Herstellung und Behandlung der für Irland und Polen bestimmten Kriegsmunition beschließen kann.“

Die Resolution der Bergarbeiter zeichnet sich gegenüber der andern durch größere Klarheit aus. Allgemeine Verurteilungen der Regierungspolitik können heute in der Tat nicht mehr helfen. Die Arbeiterschaft muß sagen, was sie selbst tun kann und will, um der Fortsetzung des Krieges — sei es in Irland, sei es in Russland — ein Ende zu bereiten. Eine tut not. Wird der Beschluß hinausgeschoben, so ist das irische Volk bereits getödtet.

## Neue Austritte aus der 2. Internationale.

Berlin, 13. Juli. (Eigene Drahtmeldung der R. V.) Die Freiheit teilt mit, daß, nachdem eben erst die spanischen Sozialisten und die bulgarischen weltberühmten Sozialisten aus der 2. Internationale ausgestiegen sind, nunmehr auch die lettischen Sozialisten am 25. Juni einstimmig beschlossen haben, sich am Genfer Kongreß der 2. Internationale nicht mehr zu beteiligen.

## Die kritische Lage Polens.

Die Pariser Morgenblätter erklären, daß man sich in Spa mit der kritischen Lage Polens beschäftigt habe. Lord George habe die Kritikern beantwortet, England mache zur Grundbedingung für jede weitere Verhandlung den Abbruch eines Waffenstillstandes mit Polen. „Matin“ sagt, Lord George habe in seinem Namen geantwortet, aber im Einverständnis mit Frankreich, Italien und Japan. Er denke nicht daran, Polen im Stich zu lassen, und auch nicht daran, einen Sonderfrieden mit Moskau zu schließen. Matin hält auch Mittelamerika, namentlich Ungarn, für bedroht, wo in jedem Augenblick beim Vormarsch der roten Armee eine Bewegung zum Sturz des Ministeriums ausbrechen könne.

Der Londoner Daily Telegraph berichtet, daß eine Volkskraft der Moskauer Regierung an die britische Regierung eingegangen sei, in der es heißt, Krassin habe den Bericht übergeben, die Sowjetregierung werde Befehl zur Einstellung der Offensive gegen Polen geben, sofern die Alliierten die bolschewistische Regierung anerkennen und ihre Einwilligung zum Zusammentritt der Friedenskonferenz geben werden. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Spa hat der polnische Ministerpräsident dem General Degoutte die Instruktion erteilt, sofort mit der Sowjetregierung Verhandlungen über den Abbruch eines Waffenstillstandes zu beginnen.

Der polnische Ministerpräsident Grabzka erklärte in einer Unterredung mit Zeitungsreportern den Ernst der Lage an der polnischen Front an. Die Bolschewisten hätten mit bedeutenden Streitkräften und verbessertem Kriegsmaterial angegriffen. „Wesley“ habe die verzweifelte Lage an der Front große patriotische Gefühle erweckt und den Wunsch nach Befreiung des Landes überaus im Lande wachgerufen. Der Ministerpräsident versicherte nochmals die friedlichen Absichten Polens. Er bewies nicht, daß die Alliierten es bei seiner Bedeutung zugunsten der Zivilisation im Osten unterstützen würden.

## Ueber die Lage an der Front

liegen heute folgende Meldungen vor:

Romno, 12. Juli. (L. U.) Der Rückzug der Polen wird fortgesetzt. In der Gegend von Polozk, Orjan und Borzissow finden jetzt heftige Kämpfe statt. Es ist den Bolschewisten gelungen, bei Bronienski die Besatzung zu überreifen. Bei Romno kämpfen die Polen gegen die Reiterei des Generals Dubossarski.

Paris, 12. Juli. Petit Parisien teilt mitgeteilt: Mindestens von den roten Truppen angenommen worden.

Breslau, 13. Juli. Nach einer hier eingelaufenen Nachricht werden die Divisionen von Breslau von schwerer bolschewistischer Artillerie beschossen.

## Litauische Truppen besetzen die von den Polen ausgegebenen Orte.

Romno, 11. Juli. (Meldung des litauischen Generalstabes). Die litauischen Truppen haben Kossakowka besetzt und sind darüber hinaus bis gegen die Bahnhöfe Dinaburg-Wilna vorgegangen. Litauische Truppen haben ferner Bakmenai, Kernawa und Wlasninkai besetzt. Auf der ganzen Linie herrscht große Aufregung. Ferner sind die Ortschaften Malogala, Podberie und Dubinski, die von den Polen geräumt worden waren, besetzt worden. In Malogala stehen die litauischen Truppen noch 20 Kilometer vor Wilna. Auch im Abstand von Wilna beginnen die Polen abzuhauen. Die dort lebenden Truppen wurden an die bolschewistische Front geschickt. Nach früheren Meldungen ist der Ort Swenstanz in den Händen der Bolschewisten.

## Die polnische Bevölkerung flüchtet.

Wars, 11. Juli. Wie Prawo Lidu meldet, sind die sozialdemokratischen Abgeordneten der Sowjats telegraphisch verständigt worden, daß bereits zahlreiche Flüchtlinge aus Polen über die Grenze in die Sowjats kommen und sich an die sowjatischen Behörden wenden, damit ihnen das Wahlrecht gewährt werde.

## Fortsetzung der russisch-englischen Wirtschaftsverhandlungen.

London, 12. Juli. (L. U.) In seiner Antwort erklärt sich Tschiherin bereit, die von der britischen Regierung für die Fortsetzung der Wirtschaftsverhandlungen gestellten Bedingungen anzunehmen. Krassin ist von Moskau abgereist, um nach England zurückzukehren und dort die Verhandlungen mit der englischen Regierung wieder aufzunehmen.

## Deutschland.

### Konferenz der einzelstaatlichen Finanzminister.

Die Finanzminister von Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen und Thüringen waren zu einer zweltägigen Besprechung in Stuttgart versammelt, die die Ausführungen des Bundesfinanzgesetzes zum Gegenstand hatte. Außerdem wurden finanzielle Fragen bezüglich des Ueberganges der Eisenbahnen auf das Reich beraten. Auch die Reichsverhältnisse der in die Reichsverwaltung übergetretenen Verkehrsbeamten wurden beraten.

### „Umformung“ der Sicherheitswehr.

Wie aus Berlin gemeldet wird, werden am Mittwoch sämtliche Oberpräsidenten und Leiter der Sicherheitspolizei bei dem Ministerpräsidenten zu einer Besprechung über die Umformung der Sicherheitswehr zusammenzutreten.

Auslieferung des deutschen Aufschlusses 2. 72. Wie dem „Matin“ gemeldet wird, ist das deutsche Aufschluß 2. 72 nach heftigster Fahrt Sonntag früh in Mauseuge angekommen und den französischen Behörden übergeben worden.

Ein neues deutsch-schweizerisches Wirtschaftsabkommen. Nach einem vertraglichen Zustande von sechs Monaten wurde in Bern ein neues Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und der Schweiz unterzeichnet. Es ist eine Lieferung von monatlich 30000 bis 35000 Tonnen Rohlen vereinbart worden.

Zum Ausbau des Ruppener Fischereihafens nimmt der Hamburger Staat eine Anleihe von 48 Millionen Mark auf.

## Kleine Auslandsnachrichten.

### Generallstreik in Rumburg.

Infolge mangelhafter Belieferung von Weizen und Mehl ist es in Rumburg in Böhmen zum Generallstreik gekommen. Sämtliche Mitglieder des Stadtrates mit dem Bürgermeister an der Spitze sind infolge dessen von ihren Ämtern zurückgetreten.

### Vertrauensvotum für das Ministerium Giolitti.

In der Sitzung der italienischen Kammer wurde dem Ministerium Giolitti mit 205 gegen 146 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

### Zur Lage in Irland.

Wie der Kleineuwe Rotterdamer Courant meldet, ist die Lage in Irland und Westen von Irland infolge des Stagens des Eisenbahnverkehrs sehr ernst. In einer Anzahl von Städten ist vorwiegend die Rationierung eingeführt worden. Der Gemeinderat von Dublin hat mit allen gegen eine Stimme beschlossen, die Beamten zu beauftragen, Beamten der britischen Regierung keine Erlaubnis zur Unterdrückung von Wählern zu erteilen oder Informationen zu geben, die sich auf die Verteuerung beziehen. Solche Mitteilungen dürfen allein an die irische Republik gemacht werden.

### Der Vertrag über Nordschleswig von Dänemark ratifiziert.

Am Freitag fand ein Staatsrat statt, in dem der dänische König den in Paris unterzeichneten Vertrag mit den Alliierten, betreffend die Übertragung der Souveränität über Nordschleswig an Dänemark, ratifizierte. Ferner unterzeichnete der König das Gesetz über die Einverleibung Nordschleswigs in Dänemark sowie eine aus diesem Anlaß zu eröffnende Volkschaft an das Volk.

### Sozialistischer Protest gegen die Ernennung des neuen französischen Volschafters in Berlin.

Eine Intervention wegen der Ernennung Laurents zum Volschaftler in Berlin hat der Sozialist Barth in der französischen Kammer eingebracht. Die Sozialdemokraten erblickten in ihm einen Großkapitalisten, der mit der Berliner Finanz zusammenarbeiten möchte. Die Intervention lautet: Die Regierung wird um Auslösung gebeten über die Gründe, aus denen zum Volschaftler in Berlin Herr Laurent ernannt wurde, der Präsident der Zentralgesellschaft für elektrische Industrie, Präsident der Gesellschaft für Kleinindustrie und Mitglied des Ausschusses des Rechnungsausschusses ist.

### Zur Lage in der Türkei.

Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Konstantinopel hat Mustafa Kemal Pascha an den Sultan geschrieben, die Lage der Nationalisten in Anatolien sei günstig trotz den arabischen Beereserischen. Er habe 3000 Grieden, darunter 2 Generale, gefangen genommen; sowohl die Kurden als die Mesopotamier hätten ihm Hilfe versprochen. Diese würden sogar den Arabern gegen die Franzosen in Syrien helfen. In einem Manifest sagte Kemal, die Engländer und die Griechen seien die größten Feinde der Türkei; er empfehle aber Rücksicht gegenüber den Franzosen und Italienern.

Nach einer Meldung des Temps aus Tehwan, ist die Lage in Mesopotamien sehr ernst. Die Eisenbahnlinie ist an drei Stellen unterbrochen.

### Der demokratische Präsidentschaftskandidat Cox und der Völkerverbund.

Washington, 12. Juli. Zeitungen veröffentlichten eine Erklärung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Cox, nach welcher er, um sein den Soldaten gegebenes Wort zu halten, für die Ratifizierung des Friedens- und des Völkervertrages, einschließlich Artikel 20, unter folgenden Vorbedingungen eintreten wird. 1. Unterzeichnung eines Protokolls, nach welchem die Mächte erklären, sich einzig zur Aufrechterhaltung des Friedens zusammenzuschließen; 2. eine Erklärung zu Gunsten der Völkerverbundmitglieder, daß sich der amerikanische Kongreß das Recht zur Kriegserklärung vorbehalten und daß ein Einbruch des Völkerverbundes von den Vereinigten Staaten nur insofern angenommen werde, als er nicht gegen die Verfassung der Vereinigten Staaten verstoße.

### Einberufung der Völkerverbundversammlung durch Wilson.

In der Sitzung des englischen Unterhauses sagte Harmsworth, Präsident Wilson habe die Aufforderung des Völkerverbundes, die Völkerverbundversammlung im November einzuberufen, angenommen.

### Ein neuer Aufstand in Mexiko.

Nach einer Amsterdamer Meldung aus der Stadt Mexiko teilte der vorläufige Präsident ausländischen Korrespondenten mit, daß sich fünf Generale gegen die neue Regierung erhoben hätten. Die militärische Lage sei indessen nicht beunruhigend, da nur 500 Mann an den jüngsten Unruhen beteiligt gewesen seien.

Erzherzog Eugen von Frankreich: Die Kaiserin Eugenie, die Frau Napoleons III., ist nach einer Meldung aus Paris Sonntagmorgen gestorben. Die ehemalige Kaiserin hatte während des deutsch-französischen Krieges die Regentschaft in Frankreich geführt und war dann beim Ausbruch der Revolution aus Frankreich vor dem mit ihrer Regierungslust beklagten Volke nach England geflohen. Sie hat ein Alter von 94 Jahren erreicht.

### Zum Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Halle, 13. Juli. Dem Halleischen Volksblatt zufolge haben sich dem Streik der Bornaer Grubenarbeiter auch die Bergarbeiter der Keilberg, Weissenfels und Naumburg angeschlossen. Auch im Meißelwitzer und Köhler Braunkohlenrevier ruht die Arbeit. Nach einer Meldung der Keilberg Nachrichten, aus Halle wurde der Streik in den genannten Revieren nach dem Beschluß einer Konferenz von Streikführern und Vertretern der freien Gewerkschaften gestern für beendet erklärt. Man will durch eine Abordnung bei der Regierung wegen des Steuerabzuges vorstellig werden. — Die 22000 Mann starke Belegschaft der Borna-Werke lehnten einen von Instanzbehörden Seite betriebenen Generallstreik ab.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Kapitalistische Heuchelei.

Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie erkläre nachstehenden bezehelnden Aufruf:

„In selbstbewusster Arbeit haben sich weite Kreise der deutschen Arbeiterschaft eine Vertretung geschaffen, die wirtschaftlichen und, wie die letzten innerpolitischen Ereignisse deutlich gezeigt haben, einseitigen politischen Forderungen der Arbeiterschaft Geltung zu verschaffen versucht. Diese Forderungen bestehen in der Durchsetzung des Sozialismus und damit in der Beseitigung eines freischaffenden Unternehmertums.“

Sozialisierung und Kommunalisierung drohen der Unternehmerschaft gleichmäßig in Handwerk, Handel und Industrie. In unerträglicher Agitation werden die politischen und wirtschaftspolitischen Organisationen der Arbeiterschaft fortentwickelt. Immer erneut erhebt sich der Ruf nach der den Tod unserer heutigen Wirtschaftsordnung bedeutenden Reorganisation.

Gegenüber dieser energischen und einheitlich geleiteten Arbeit ist das Unternehmertum auch heute noch in zahllosen städtischen Vereinen und Fach- und Wirtschaftverbänden zersplittert. Die notwendige wirtschaftspolitische Stützpunkt fehlt.

Am dem Unternehmertum die Gleichberechtigung im Staats- und Wirtschaftsleben zu erhalten, ist die Bildung einer Einheitsfront dringende Forderung des Tages.

Neue Organisationen in dieser Zeit zu schaffen, ist überflüssig und bedenklich. Wir wollen dieses Ziel in dem Zusammenhange aller Einzelwirtschaften und aller Fach- und Wirtschaftsorganisationen im Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie verwirklichen. Diese Einheitsfront als Gewerkschaft der Unternehmer stellt sich in den Dienst des Hansa-Bund und erstrebt friedlichen Ausgleich zwischen den Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, soll aber gegenüber der gewerkschaftlichen Kampffront der Arbeitnehmer als gleichfalls geschlossene Abwehrfront der Unternehmer auftreten.

Das gesamte Unternehmertum rufen wir unter Vorbehalt organisatorischer Einzelheiten heute auf, sich geschlossen und tatkräftig dieser Arbeit zur Verfügung zu stellen. Die parteipolitische Stellung des einzelnen Unternehmers bleibt dabei unberührt. Die Entwicklung der russischen Verhältnisse beweist, daß wir, wenn wir das Unternehmertum als gleichberechtigten Faktor des Wiederaufbaues erhalten, eine nationale Wirtschaft erfüllen. Wir erwarten deshalb tatkräftige Unterstützung und Mitarbeit.“

Der Aufruf ist eine widerliche Häufung von Heuchelei. Die Arbeiter und Angestellten müssen sich zusammenschließen in der Abwehr gegen Ausbeutung und Unterdrückung, die ihnen die kapitalistische Produktionsweise beschert hat. Sie sind zum Zusammenschluß gezwungen, wollen sie nicht total verelenden. Und wollen sie die wirtschaftlichen und geistigen Nöte des Proletariats nicht nur um etwas verringern, sondern gänzlich beheben, so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als die gegenwärtige Produktionsweise zu beseitigen. Die Arbeiter und Angestellten sind es also, die im Abwehrkampf stehen, im Kampfe gegen eine schandwürdige, blutschuldige Produktions- und Gesellschaftsform, die so viel gräßliche Leiden über die Menschheit gebracht hat und reißt für ihren Untergang. Daß das Kapital sich dagegen wehrt, vom Schauplatz der Geschichte abtreten zu müssen, ist verständlich. Der Egoismus sieht ihm viel zu tief im Blute. Er sollte nur bleiben lassen, seine Ausbeutungs- und Herrschaftspraktiken mit dem Schrei nach „Gleichberechtigung im Staats- und Wirtschaftsleben“ zu verdecken. Gerade weil das Kapital noch herrscht, weil es seine wirtschaftliche Macht im schlimmsten Sinne anwendet, darum der Abwehrkampf der Ausgebeuteten, darum der Kampf für Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise.

Der Sammelruf des Hansabundes wird den Untergang der kapitalistischen Gesellschaft nicht aufzuhalten vermögen, wenn die Angestellten und Arbeiter sich samt und sonders um die Fahne des Sozialismus scharen, wenn sie in geschlossener Front den Kampf führen für die sozialistische Gesellschaft.

### Zur Lohnbewegung der Leipziger Steinseher.

In der letzten Versammlung der Steinseher entspann sich eine erregte Debatte über den Bericht über den Stand der Lohnbewegung. Trotzdem im April vom Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt worden ist, monach bis zum Inkrafttreten des Reichsarbeitsgesetzes im Baubetrieb gezahlte Lohn mit sämtlichen Zulagen auch für die Steinseher zu zahlen ist, bequemen sich die Unternehmer doch nicht, den gefällten Schiedsspruch einzuhalten. Das Verhalten der Unternehmer erweckt den Anschein, als beachteten sie eine Verschleppung der Lohnbewegung. Anfang April wurde der Antrag auf Gewährung einer Leuzenauzulage in der Höhe der im Baubetrieb bereits gewährt worden gestellt. Diese Forderung wurde von den Unternehmern abgelehnt. Zu einer vom Steinseherverband wiederholt verlangten Sitzung der Schlichtungskommission erschienen sie einfach nicht. Auch zu der daraufhin beantragten Sitzung des Schlichtungsausschusses Leipzig hielten sie es nicht für nötig, zu erscheinen. Daraufhin ist Klage vom Gewerbeschlichtungsgericht angestrengt worden, um die Unternehmer zur Einhaltung des Schiedsspruchs zu zwingen. Aber auch dort scheint die Sache nicht zu klappen: sie wurde bereits einmal vertagt. Allgemein wurde verlangt, zur Selbsthilfe zu greifen und passive Resistenz zu üben, um die Unternehmer an ihrer empfindlichsten Stelle, am Geldbeutel, zu treffen. Es wäre zu wünschen gewesen, daß die Unternehmer in der Versammlung gewesen wären, um sich von der Zustimmung der Arbeiter zu überzeugen. Es kann den Herren schon jetzt erklärt werden: Lange lassen sich unsere Kollegen nicht mehr um ihre berechtigten Forderungen stellen, sie werden von dem Mittel der passiven Resistenz in ausgiebiger Weise Gebrauch machen.

Zentralverband der Steinseher, Zahlstelle Leipzig.

### Protestkundgebung der Leipziger Angestellten bei Reichsbehörden.

Am 9. Juli nahmen die Leipziger Reichsangeestellten Stellung zu den Verhandlungen über den Teiltarifvertrag. Trotzdem er einem großen Teil, namentlich den jüngeren Angestellten, überhaupt keine Besserung ihrer Bezüge bringt, entfallen einzelne Reglementsvertreter gegen den Abschluß des Vertrages eine rege Treiberei, wobei sich besonders der Vertreter der sächsischen Regierung hervorgeragt hat. Bei der jetzt stattfindenden Beratung des Manteltarifs werden von Reglementsvertretern sogar erworbene Rechte der Angestellten angefaßt. Das Reichsfinanzministerium ordnet an, daß Ueberstunden ohne Bezahlung geleistet werden müssen, und der Reichsarbeitsminister beschließt die Anrechnung der Zeit der Erkrankung auf den zuständigen Jahresurlaub. Nicht einmal die Tatsache, daß von den Reichsangeestellten der größte Teil kriegsbeschädigt sind, legt den Reglementsvertretern in ihren unsozialen Bestrebungen Mäßigung auf. Es ist daher begreiflich, daß sich die Erbitterung der Angestellten in der Form von Arbeitseinstellungen entläßt, wie solche zahlreich, besonders in Süddeutschland, stattgefunden haben. Die Leipziger Angestellten haben immer vorbildliche Beispiele in der Abrechnung der Organisationsdisziplin gegeben, sie werden sich auch jetzt nicht zu unbedachten Schritten hinreißen lassen. Sie müssen sich aber bereithalten, dem Rufe ihrer Vertreter zu einheitlicher Aktion zu folgen, wenn die reaktionäre Quersprünge der Reglementsvertreter bei den Verhandlungen zu schärferen Kampfmaßnahmen herausfordern. In der einstimmig angenommenen Entschliebung wird gefordert: 1. Die Aufhebung der einseitigen Ausführungsbestimmungen, die die Angestellten niemals als bindend anerkennen können; 2. die ausschließliche Anwendung des § 8, Absatz 1 für die Eingruppierung, nach dem diese durch die Umstellungen unmittelbar im Einverständnis mit den Betriebsräten zu erfolgen hat; 3. die Tilgung des im April gewährten Vorschusses, wenn überhaupt, nur in kleinen Ratenzahlungen; 4. die sofortige Inangriffnahme der vertraglich vereinbarten Revision des Teiltarifs unter bestimmender Mitwirkung der Angestelltenvertreter; 5. die weitestgehende Rückzahlung der in der Abrechnung der kriegsbeschädigten; 6. die Erhaltung und den Ausbau aller, bisher festgelegter Rechte in Bezug auf Urlaub; lebenswichtige Kündigungsschutz, Fortzahlung des Gehalts in Krankheitsfällen. Die Versammlung gelobte, an der weitestgehenden Einheitsfront im Zentralverband der Angestellten teilzunehmen.

Zentralverband der Angestellten, Zahlstelle Leipzig.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Albert Fichte in Leipzig.

Verantwortlich für den Anstaltsteil:

Friedrich Viller, Norddorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Nachrichten-Verlagsgesellschaft, Leipzig.

Diese Nummer enthält 8 Seiten.

# Öffentliche Bekanntmachungen.

**Befreiung der Vorlesefrist für Reichshausbrandbesuchscheine.**  
Nach einer Verfügung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung müssen die Reichshausbrandbesuchscheine der Reihe A und B bis spätestens 31. Juli und diejenigen der Reihe C bis spätestens 15. August 1920 beim Hauptlieferer oder einer amtlichen Verteilungsstelle vorliegen. Werden diese Fristen verabsäumt, so sind die Scheine ungültig und bleiben von der Belieferung ausgeschlossen.  
Leipzig, am 10. Juli 1920. R.-K. 19/25.  
Der Rat der Stadt Leipzig.

## Marxtrautzsch.

Die Ausgabe der neuen Lebensmittelkarten erfolgt streifenweise am Donnerstag, den 15. Juli 1920, von vormittags 1/2 bis nachmittags 1/2 Uhr in den bekannten Ausgabestellen.  
Gleichzeitig erfolgt an diesem Tage eine Kartenausgabe zum Bezuge von Obst, bei deren Verteilung Besitzer von Obstgärten ausgeschlossen sind. Eine Entgegennahme von diesen Karten seitens der Besitzer von Obstgärten wird bestraft.  
Die Ausgabe von städtischem Obst wird jeweils an den Anschlagstellen befristet.  
Marxtrautzsch, den 11. Juli 1920.  
Der Stadtrat.

# U. S. P. D. Gross-Leipzig.

**U. S. P. D. Gross-Leipzig.** Unsere Kinderspiele finden jeden Mittwoch-Nachmittag von 3 bis 6 Uhr auf der Wiese am Schützenplatz statt. Die Kinder, die sich an unseren Ferienausflügen beteiligen wollen, können am Mittwoch die Karten dort erhalten. Mitglaubensbuch ist mitzubringen. Die Spielleiterinnen.

## Rüssen und Umgegend.

Donnerstag, den 15. Juli, abends 8 Uhr:  
**Öffentliche Versammlung**  
im Gasthof zu Rüssen.  
Thema: 1. Die Konferenz in Spa. 2. Freie Aussprache. Zahlreichen Besuch erwartet.  
Der Einberufer



## Harry Piel - Zyklus



**Die Abenteuer eines Vielgesuchten.**  
34 Akte. Ab 13. Juli.

**Die Luft-Piraten**  
6 spannende Akte.  
Täglich von 3-6 Uhr:  
Große Kinder- u. Jugendvorstellung

# U. S. P. D. Groß-Leipzig.

Sonnabend, den 17. Juli, nachmittags 3 Uhr  
im Volkshaus, Zimmer 9  
**Gemeindevertreter-Konferenz**  
für Leipzig-Land, Borna und Grimma.

Tagesordnung:  
1. Bericht des Ausschusses über die Besoldungsreform für die Gemeindebeamten.  
2. Eventuell Gründung einer Einkaufsgenossenschaft zum Bezug von Lebensmitteln.  
Es ist Pflicht der Genossen, aus jeder Gemeinde einen Vertreter zur Konferenz zu entsenden.  
Der Hauptvorstand Groß-Leipzig.  
Johann Scheib.

## Öffentliche Versammlung

Mittwoch, den 14. Juli, abends 1/8 Uhr  
in den Westendhallen, L.-Plagwitz, Schöcherische Straße  
Tagesordnung: 1. Der finanzielle Zusammenbruch im Reich und die neuen Steuern. Referent: Reichstags- abgeordneter Genosse Karl Kuffel.  
2. Freie Aussprache.  
Männer und Frauen, erscheint in Massen in dieser wichtigen öffentlichen Versammlung.  
Der Ortsverein Plagwitz-Indenau-Schöcheritz (U. S. P. D.).

## Bauarbeiter-Verband

Telephon: 8076. Bezirksverein Leipzig. Telephon: 8076.  
Bureau: Geberstraße 3, III (Hotel Victoria), Zimmer 85-87.  
Geöffnet von 9-1 und 4-1/2 Uhr, Sonnabends von 8-1 Uhr.  
**Hilfsarbeiter im Hoch- u. Tiefbaugewerbe.**  
Morgen Mittwoch, den 14. Juli, abends 1/8 Uhr, im Volkshaus  
**Versammlung.**  
Tagesordnung:  
Bericht und Beschlussfassung über das Ergebnis der Tarifverhandlungen für das Tiefbaugewerbe.  
Pünktliches Erscheinen ist notwendig.  
Der Vorstand.

**Lichtspiele**  
**Zschocher**  
Telephon 40960 Inh.: M. Raschke  
Ab Dienstag bis Donnerstag:  
**Nur 3 Tage!**  
Der II. Teil nach dem hier mit so großem Erfolg aufgenommenen Film  
**Menschen: Todesurteil**  
6 Akte oder Die Sekretärin des Gesandten  
Drama in 5 Akten. Hauptrolle: Ria Witt.  
**Sommernachtstraum**  
Humoreske  
In 1 Stunde vertilgen Garantie Kopf-, Hals-, Brust- und Kleider- auch Flöhe samt Brut (Mücken), bei Menschen und Tieren mit "Eckolda". Für Wunden unschädlich. Vert.: Schlettererstraße 12, Go., Neuhäuser Hallische Str. 57 Lt., Josephstr. 17. f.

**Firniss** garantiert rein  
Kilogr. 4.30.  
**Fussboden-Lack**  
Kilogr. 4.30.  
**Streichfertige Öl- und Lack-Farben**  
Rügen, Schlammkreide für Maler Voranstrich  
**L. O. Kaspar Nachf.**  
L.-Plagwitz, Schöcher. Str. 30.

**Büro Zug**  
Information, Auskunft  
Inb.: O. Strohm  
Leistungsfähige Spindelwerke  
Sprechstunden finden wieder statt für Unentgeltliche und Kriegsbeschädigte jeden  
Mittwoch von 12-2 Uhr  
unentgeltlich.

**Anbiete**  
**Fahrad-Gummi**  
in Karte: feine Ware  
2 Deeken und 2 Schlauche  
**260 Mark.**  
**= Wie =**  
bekannt ohne Konkurrenz!  
Fahrräder von 500 Mt. an, Zubehör, Ersatzteile.  
**Reparaturen**  
Fahrrad-Zentrale  
**FAMUB, Tauscher Str. 40**

# Metallarbeiter

**Verband**  
Die Mitgliedschaft liegt allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und während der abends von 8-11 Uhr. Tel. 8784. Unentgeltlich entliehen werden beantragungen müssen gegen Einreichung des Verbandsbuches innerhalb drei Tagen erfolgen.

**Norden.** Die Fragebogen sind Mittwoch, den 14. Juli, abends von 1/2 bis 1/8 Uhr an, im Nickenauausschank zu entnehmen. Das Agitationskomitee.  
**Osten.** Mittwoch, den 14. Juli, abends 7 Uhr, in der Silberpappel: **Versammlung der Vertrauensleute.**  
**Westen.** Mittwoch, den 14. Juli, abends 7 Uhr, im Schloss Lindentals: **Versammlung der Vertrauensleute - Sitzung.** Ausgabe des Agitationsmaterials! Jeder Betrieb muß vertreten sein.  
**Bauschlosser und Konstruktionsarbeiter.** Mittwoch, den 14. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus: **Sitzung der Vertrauensleute und Vertrauensleute.** Die Brandkommission.  
**Metallarbeiter der Textilbranche.** Freitag, den 16. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Mittelteil: **Versammlung.** Wichtige Tagesordnung.  
**Werkzeugmacher und -Einrichter.** Freitag, den 16. Juli, abends 1/2 bis 1/8 Uhr, im Volkshaus: **Sitzung der Vertrauensleute und Arbeiterräte und Vertrauensleute.** Das Agitationskomitee.  
**Heizungsmonteur und Helfer.** Sonntag, den 18. Juli, vormittags 1/2 bis 1/8 Uhr, im Volkshaus: **Versammlung.** 1. Bericht über die Lohnverhandlung. 2. Wahl zur Reichskonferenz. Pünktliches Erscheinen aller ist Pflicht. Mitglaubensbuch vorzeigen!  
Die Brandkommission.

**Albrechts Institut für Naturheilkunde**  
Leipzig, Nürnberger Str. 4, Teleph. 5593  
Sprechzeit von 10 bis 11 Uhr.  
Früher Albrechts Naturheilkunde, Halle a. S.

**Familien-Nachrichten**  
Ihrem werten Partei- und Kampfgenossen  
**ERNST LÖSER u. Frau**  
zum 25. jähr. Ehejubiläum die besten Wünsche  
Die Funktionäre des Ortsvereins L. Mückers U.S.P.D.

Sonntag, den 11. Juli, wurde im Alter von 62 Jahren unser langjähriger Parteigenosse  
**Albert Jablonsky**  
bei der Gartenarbeit von einem Herzschlag betroffen. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.  
Der Vorstand des Ortsvereins Knautkloberg.  
Beerdigung Mittwoch, nachmittags 1/2 bis 1/8 Uhr.

Am 11. Juli verchied im Alter von 54 Jahren nach langem, schwerem Leiden plötzlich meine gute Frau, unsere liebe Mutter und Schwester  
**Karoline Luthardt.**  
P. Mückers, Neuhäuser Hallische Str. 220.  
In tiefem Schmerz betrauert von hinterbliebenen  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 14. Juli, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

# Konsumverein Leipzig-Plagwitz u. Umg. E.G. m.b.H.

Unserem Grundsatz, die werten Mitglieder nur mit wirklich gutem und solidem Schuhwerk zu versorgen, sind wir immer treu geblieben. Das beweisen die sich fortgesetzt steigenden Umsätze, sowie die immerzu steigende Mitgliederzahl. Die Preise für **Schuhwaren** sind jetzt so weit herabgesetzt, daß dieselben zum Teil **weit unter den heutigen Einkaufspreisen** liegen.

Als ganz auffallend billig empfehlen wir:

Damen-Kreuz-Spangen-Schuhe elegante Form .....	98 <sup>50</sup>	Damen-Hochschaff-Stiefel mit und ohne Lackkappe .....	175 <sup>00</sup>	Herren-Chev.-Agraffen-Stiefel elegante Form, mit und ohne Lackkappe .....	175 <sup>00</sup>
Damen-Chevreaux- und Boxkalf-Schnürschuhe, schwarz, beste Qualität .....	120 <sup>00</sup>	Damen-Hochschaff-Stiefel elegante Paßform, tadellose Ausführung .....	220 <sup>00</sup>	Herren-Mastbox-Agraffen-Stiefel mit Zwischensohle .....	195 <sup>00</sup>
Damen-Boxkalf-Schnürschuhe braun, beste Qualität .....	175 <sup>00</sup>	Eleganter Damen-Stiefel Rahmenarbeit .....	225 <sup>00</sup>	Herren-Strapazier-Stiefel gute Ledersohle, breite Form .....	188 <sup>00</sup>
Damen-Chevreaux-Schnürstiefel hell- und dunkelbraun, schöne Ausführung .....	195 <sup>00</sup>	Weisse Leinen-Schuhe mit Ledersohle .....	75 <sup>00</sup>	Herren-Stiefel, braun elegante Sportform, beste Verarbeitung .....	225 <sup>00</sup>
Damen-Boxkalf-Schnürstiefel bequeme Form .....	140 <sup>00</sup>	Damen Haus-Schuhe gutes Leder, mit und ohne Spangon .....	50 <sup>00</sup>	Burschen-Agraffen-Stiefel Rindleder, gute Ledersohle .....	140 <sup>00</sup>
<b>Dauerhafter Straßen-Stiefel</b> mit flachem englischem Absatz, sehr preiswert .....	130 <sup>00</sup>			Burschen-Rindbox-Agr.-Stiefel Tadellose Ausführung .....	165 <sup>00</sup>
<b>Kinder-, Jungen- und Mädchen-Stiefel</b> Boxkalf, Chevreaux und Spalt .....	40 <sup>00</sup>	<b>Segeltuch-Schuhe und -Stiefel</b> mit Ledersohle, bequeme Form .....	38 <sup>00</sup>		

**2 Ladungen Zündhölzer** soeben eingegangen!  
1 Paket enthaltend 10 Schachteln 3.50 Mark. Höchstabgabe 1 Paket  
Erhältlich in sämtlichen Verkaufsstellen

Geschäftshäuser: L.-Plagwitz, Karl-Heine-Straße 46  
L.-Reudnitz, Dresdner Straße 55  
L.-Connwitz, Südstraße 109

Heute nachm. 5 Uhr: Demonstration auf dem Augustusplatz!

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 13. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Alt-Leipzig, Bezirk Osten. Mittwoch, 14. Juli, abends 8 Uhr, Funktionärssitzung im Restaurant Goldner Ring, Glockenstraße 4.

Deutlich. Morgen Mittwoch, den 14. Juli, pünktlich 1/8 Uhr, beginnt im Alten Gasthof der Infanterieort der Genossen Herr über: Die Einführung in die politische Dekonomie. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Tausch. Heute, Dienstag, abends 1/8 Uhr, Funktionärssitzung im Goldenen Löwen.

Zum Gewerkschaftsfest.

Die Proben für das große Bild „Skavenaufrast in Rom“, das zum Gewerkschaftsfest aufgeführt werden soll, sind im vollsten Gange. Erfreulich kann festgestellt werden, daß die Jugend in großer Zahl sich beteiligt. Leider reichen die Kräfte nicht aus, die Bestrebung zu einer würdigen zu gestalten. Es wird noch auf die Unterstützung von einigen hundert Personen im Alter von 20-40 Jahren gerechnet. Viele hält die Ansicht, das Ganze sei eine Art Kummel, für den sie sich zu alt fühlen, von der Mitwirkung ab. Diese Meinung ist irrig. Die Arbeiterkraft soll einen Wert darauf legen, aus eigener Kraft zu schaffen. Es wird erhofft, daß überall in Versammlungen und Betrieben auf diesen Mangel hingewiesen wird, daß sich vor allem Turner und Sänger in ihren Organisationen mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Die nächste Probe findet am Mittwoch, 14. Juli, abends 7 Uhr auf dem Sportplatz statt. Da nur noch reichlich 14 Tage von der Aufführung trennen, wäre es sehr erwünscht, wenn sich einmal die Arbeiterschaft in dieser Sache recht rühlig erweist.

Allgemeines Arbeiterbildungsinstitut.

Achtung, Gewerkschaftskommission! Donnerstag, 15. Juli, abends 7 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftsstartell, Zimmer 104. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht!

An alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder

richtet der Betriebsrat des Konsumvereins L. P. Jagwitz nachstehenden Aufruf:

Die letzte Wahl zum Reichsparlament zeigt der werktätigen Bevölkerung mit elementarer Deutlichkeit, daß unser Bürgertum, — auch das Kleinbürgertum, — im schroffen Gegensatz zu den Zielen der sozialistischen gesamtethischen Einwohnerschaft steht. Wenn auch bei den vorjährigen Wahlen zur Nationalversammlung, unter dem noch frischen Eindruck der Revolution und wohl auch des unglücklichen Krieges, so mancher „Bürger“ mehrheitssozialistisch oder demokratisch stimmte und viele unger Parteiengenossen glaubten, auch im Bürgertum einen Kurs nach links feststellen zu können. Und wir heute eines andern belehrt. Wir wissen, daß unser Bürgertum sich schon immer innig verbunden fühlte mit der äußersten Reaktion und wir sehen, daß dies heute mehr denn je zutrifft. Man hat es der mehrheitssozialistischen und der demokratischen Partei sehr verübelt, daß sie in den Tagen des Rapp-Büchseins im Verein mit den bösen Unabhängigen eine gewisse Einheitsfront in der Abwehraktion herbeiführten und schließlich gar, der Not gehorchend, für die Entlassung und Auflösung der Zeitfreiwilligen zu haben waren. Bedenkt man weiter noch, daß es soweit gekommen war, daß die Zeitfreiwilligen von einer aus organisierten Arbeitern und Angestellten zusammengestellten Einwohnerwehr abgelöst werden sollten, wird das Entsetzen verstanden werden, mit welchem die ehrliche Bürgerkraft sich vor diesen Parteien abgrenzt hat. Selbst die große Liebe des Demokraten Dr. Goeb, welche einer Entschuldigungsrede gleichsam, hat nichts mehr gutmachen können.

Unser Partei- und Gewerkschaftsmitglied ist sicher noch der Materialienkrieg des Bürgerausschusses gegen die Volksgemeinschaft im Gedächtnis; ebenso die Taktik des Bürgerausschusses gegen unsere Partei im letzten Wahlkampf. Nicht offen, sondern anonym wurden die größten Verleumdungen und Verdächtigungen in die Welt gesetzt gegen alles, was der sozialistisch denkenden Arbeiter- und Angestelltenklasse als Ideal vorhielt. Dafür wurde dem kapitalistischen System um so kräftiger das Wort geredet. So mancher Arbeiter und Angestellte empfand für diese Kampfweise einen sehr berechtigten Ekel. Doch wer steht denn eigentlich hinter diesem Bürgerausschuß? Jeder Arbeiter und Angestellte möge sich erkundigen, und er wird finden, daß sich der größte Teil seiner Mitglieder aus Innungsmeistern rekrutiert. Zahlreich sind die Bäcker- und Fleischermeister darin vertreten. Diese aber werden von denjenigen Arbeitern und Angestellten unterstützt, welche ihren Bedarf bei solchen Geschäftsinhabern decken. Diese Genossen sind sich oftmals gar nicht bewußt, daß sie sich damit selbst ins Ge-

sicht schlagen und der Reaktion indirekt die Mittel in die Hand geben, um uns damit bekämpfen zu können.

An alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, sowie alle jene, welche der Arbeiterfrage sympathisch gegenüberstehen, ergeht deshalb der Ruf: Organisiert Euch auch als Konsumenten! Werdet und werbt Mitglieder des Konsumvereins! Klärt Eure Mitarbeiter darüber auf, daß wie auf gewerkschaftlichem und politischem, so auch auf gewerkschaftlichem Gebiete im Zusammenhänge die Macht liegt. Laßt alle Bedenken fallen, welche von gegnerischer Seite immer und immer wieder dagegen ins Feld geführt werden und handelt, indem ihr euch in irgendeiner Verkaufsstelle des Konsumvereins als Mitglied aufnehmen laßt. Die Einschreibengebühren sind sehr gering und die festgesetzte Anteilsumme braucht nicht sofort entrichtet zu werden, sondern kann in kleinen Raten eingezahlt oder aber bei der am Schluß des Geschäftsjahres eventuellen Rückvergütung von Dolanden verrechnet werden.

Die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Dazu gehören starke leistungsfähige Organisationen: Die politische, die gewerkschaftliche und auch die gewerkschaftliche. Alle sind gleichwichtig im Erstlingskampfe der Arbeiterschaft.

Vor 35 Jahren unternahm es eine kleine Anzahl von Parteigenossen, den konsumgenossenschaftlichen Gedanken durch Gründung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz in die Tat umzusetzen. Am Schluß des ersten Geschäftsjahres betrug die Mitgliederzahl dieser Genossenschaft 121. Heute sind bereits über 70 000 Familien Mitglieder des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz. Gewiß eine ansehnliche Zahl, die jedoch keineswegs genügt, wenn man die Zahl der organisierten Arbeiter und Angestellten am Orte gegenüberstellt. Eine große Zahl steht der Genossenschaftsbewegung noch immer fern zum Schaden der Allgemeinheit.

Der Konsumverein, ein von Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern geleitetes und von der werktätigen Bevölkerung getragenes Unternehmen, macht es sich zur höchsten Pflicht, seine Mitglieder mit guter Ware zu den niedrigsten Preisen zuzubereitstellen. Wenn dies heute unter den mäßigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht immer möglich ist, so werden diejenigen Mitglieder, welche in der Genossenschaftsbewegung etwas Ideales erblicken, in ihrem Urteile Milde walten lassen. Von größter Wichtigkeit ist es jedenfalls, wenn sich die organisierte Arbeiter- und Angestelltenklasse den größten Einfluß auf die Gestaltung und das Geschäftsgeschehen des Konsumvereins durch ihren Beitritt sichert. Nur dann kann die Konsumgenossenschaft erst das werden, was sie gern sein möchte: Eine Waffe der Verbraucher aus den Arbeiterkreisen. Diesen Einfluß auszuüben ist jedem Mitgliede möglich, sei es durch Einbringung von Anträgen und Stimmabgabe in der Generalversammlung oder durch Eingaben an die Verwaltung oder den Betriebsrat. Letzterer, welcher durch abgeschlossenen Vertrag mit der Verwaltung das volle Mitbestimmungsrecht in allen gewerkschaftlichen Fragen hat, sich dadurch aber auch mitverantwortlich für die Weiterentwicklung der Genossenschaft fühlt, wendet sich deshalb an alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, sowie Betriebsräte, mit der Bitte um Unterstützung der Genossenschaftsbewegung. Rüttelt alle noch Fernstehenden auf, damit am Schluß des neuen Geschäftsjahres die Mitgliederzahl des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz die 100 000 überschritten hat.

Die wirklichen Bezüge der Lazarettinsassen.

Der Bund deutscher Lazarettinsassen (Ortsgruppe Leipzig) schreibt uns:

Im Leipziger Tageblatt Nr. 310 vom 7. Juli d. J. erschien ein Artikel, überschrieben: „Neuregelung der Bezüge der Lazarettinsassen.“ Dieser Artikel, von welcher Seite er stammt, ist uns unbekannt. Ist er recht geeignet, die Öffentlichkeit irrezuführen. Wenn die Löhnung von 4 Mk. auf 5,40 Mk. erhöht worden ist, so trifft letzteres nur auf die Ortsklasse A und B zu. Die Klassen C und D sind sehr wenig und die Klasse E gar nicht bedacht worden. Bisher war die Löhnung nach Dienstgraden eingeteilt; dieser Mibestand ist gefallen und mit Recht, denn die Ausgaben der Lazarettinsassen sind wohl die gleichen. Aber was hat man geschaffen? Um die Löhnung der Mannschaften aufzubessern, hat man die ehemalige Chargenlöhnung gekürzt und zwar den Sergeanten um 54 Mk., den Bisfeldwebeln um 144 Mk. jährlich. So sehen also schon hier die Verbesserungen aus. Hätte man die Chargenlöhnung erhöht, so hätte die Mannschaftenlöhnung eine beträchtliche Aufbesserung erfahren müssen; denn die Regierung weiß, daß die Lazarettinsassen gleiche Löhnung für alle beanspruchen. Wählt man also das kleinere Übel: streicht auf der einen Seite etwas und wirft es auf die andre Seite und die Rechnung stimmt.

Unter Krankenkleidung ist nur die Anstaltskleidung zu verstehen. Wenn geschrieben wird, daß die Kranken, die seit 1. April 1919 keinen Entlassungsantrag erhielten, einen Zivilanzug bekommen, so ist dies der ihnen zustehende Anzug, den alle

früheren Soldaten bei ihrer Entlassung oder bei der Demobilisierung bekommen haben. Dieser Anzug muß getragen werden. Bei der Entlassung aus dem Lazarett besteht dann kein weiterer Anpruch auf einen solchen, auch wenn sich die Entlassung noch auf Jahr und Tag hinauszieht. Nun gibt es zwar pro Tag 1 Mk. Abnutzungsgebühr, sogen. Kleidergeld, macht im Jahre 365 Mk. Was kann man sich aber für 365 Mk. im Jahre zulegen? Es reicht gerade zu Schuhen, kaum noch für Stiefelsohlen, und der Anzug selbst bei der Beschaffenheit desselben, ist in einem halben Jahre abgetragen, was dann? Und wie steht es mit den andern zum Zivilanzug gehörigen Kleidungsstücken? Hiergegen muß ganz energisch protestiert werden!

Bei Beurlaubung aus dem Lazarett sind 9 Mk. bis 12,20 Mk. die Tagegelde. In dieses Tagegeld ist aber Wohnung, Verpflegung und alles eingerechnet, die also auch nur in den Klassen A und B eine kleine, den heutigen Verhältnissen nicht entsprechende Aufbesserung erfahren haben. Könnten die Ortsklassen nicht ganz fallen gelassen werden, da doch die teuren Verhältnisse in den einzelnen Orten keine großen Abweichungen haben werden?

Betreffs des Hausgeldes und der Kinderzulagen geben wir zu, daß hier Verbesserungen eingetreten sind, die den Beurlaubten wirklich nützen, denn bis jetzt wurden sie im Lazarett fast trübsaliger als gesund, da sie die Notlage ihrer Angehörigen daniederdrückte. Diese Verbesserungen sind natürlich auf Rechnung des sogen. Taschengeldes gegangen und somit auf Rechnung der Ledigen. Aber stellen wir diesen Vergünstigungen die Verschlechterungen gegenüber, die natürlich von den Kameraden, die in Orten der Klassen C und D sind, und die fast nichts aufgebessert wurden, und den Kameraden der Klasse E, die auf der bisherigen Lohnstufe stehen geblieben sind, auch in Kauf genommen werden müssen, so ergibt sich, daß die „beträchtliche Erhöhung der neuen Bezüge“ hauptsächlich bei den Ledigen nur Verschlechterungen bedeuten, da ja außer der bereits erwähnten Selbstbeschaffung der Bekleidung die Vorkostfreiheit und die Militärfahrkarte ebenfalls in Wegfall gekommen sind. — So steht in Wirklichkeit die Neuregelung der Bezüge der Lazarettinsassen aus.

Der Schiedspruch über die Löhne der sächsischen Arbeiter.

Wie wir bereits am 7. Juli berichteten, sind die sächsischen Gemeinden durch einen Schiedspruch vom 2. Juli verpflichtet worden, den Gemeindearbeitern höhere Löhne zu bezahlen, diese betragen:

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes entries for unskilled workers (221.80), journeymen (211.70), and women (145.95).

Table with 2 columns: Age Group and Amount. Includes entries for workers aged 19-21 (20.15), 18-19 (37.80), and 17-18 (50.40).

Hierzu sind Kinderbeihilfen in Höhe von 30 Mk. monatlich nach den für Beamte geltenden Bestimmungen zu gewähren. Der durch die Lohnerhöhung entstehende Mehraufwand beträgt monatlich 282 500 Mk., mithin für die Zeit vom 1. Juli 1920 bis 31. März 1921 2 825 000 Mk.

Der Rat sagt in seiner Vorlage an die Stadtverordneten: „Deckungsmittel sind auch für diese Ausgabe nicht vorhanden. Wir erwägen, neue Steuern dafür vorzuschlagen und werden Ihnen hierüber später Vorschläge unterbreiten.“

Eine Versammlung des sächsischen Fahrpersonals von Leipzig Hauptbahnhof, Leipzig Bagarischer Bahnhof und Bahnhof Engelsdorf fand am 10. Juli im Saale des Restaurants Bagarischer Hof, Eisenbahnstraße 72, statt. Reichstagsabgeordneter Kossel referierte über den Sozialismus und die Beamten. Er forderte die Beamten auf, sich nicht abseits von der revolutionären Arbeiterschaft zu stellen, sondern mit ihnen Schulter an Schulter zur Erreichung des Sozialismus zu kämpfen. Weiter überlegte der Referent die Beschuldigungen der bürgerlichen Presse, wonach die USPD, alle gleichmäßig entlohnen wollte. Redner betonte, daß jeder Arbeiter, gleichgültig ob Hand- oder Kopfarbeiter, seinen Leistungen entsprechend bezahlt werden mußte. Die USPD habe auch bei der neuen Besoldungsreform die Streichung der untersten Gehaltsklassen und höhere Besoldung der unteren Beamten verlangt. Die Vertreter der Beamtenorganisationen hätten aber den

Die Steine.

Von Konrad Loeb.

Es gab einen Widerhaken, der an Unbehauns durchgefallener Zurückgezogenheit zerbrach, und das war ein junger Vorzeitanformer, Lepp mit Namen, der eine Schiffschiff im Hause hatte und eigentlich erwerbslos war. Allerdings hatte er sich wenigstens für die Vorbereitungen eine Gelegenheitsarbeit gesucht und benutzte nun die Nachmittage, um sich zu bilden. Unbehauns Antiquariat schenkte ihm für seine Zwecke recht geeignet, er hatte auf Grund einiger Hilfsleistungen eine einseitige Freundschaft mit dem Alten angeknüpft und kam täglich mit einem Zettel, auf den er sich Fremdwörter zu schreiben pflegte, über deren Bedeutung er sich in einem alten Konversationslexikon unterrichtete, das den Ladenhüter schmückte. Unbehaun versuchte zuerst, ihn durch den Hinweis abzuschrecken, es sei hier kein Auskunftsbureau, der Arbeiter blieb aber hartnäckig, und da er ihn weiteres mit zugriff, wo es etwas zu tun gab, begünstigte ihn Unbehauns Frau und Unbehaun mußte sich seine Gesellschaft gefallen lassen. Er würde ihn, wenn er es sich auch nicht eingestand, auch nur ungern vermisst haben; denn er war immer noch neugierig, seine Einflüsterung war, wie er sich vor sich selbst entschuldigte, noch nicht ganz gelungen, und der Arbeiter trug ihm unermüdlich die Zeitgeschichten zu und kritisierte sie gleichgültig erbarmungslos. Das erregte den Alten, er hörte die Schimpfreden gern, weil seine Stimmung ein scharfes Gewürz brauchte; auch gestiel er sich darin, Lepp zu verbeistern, wenn dieser mit ungewöhnlicher Geschicklichkeit die zahlreichen Fremdwörter, in denen er sich erging, falsch betonte.

„Sagen Sie es mir nur immer gleich, wie es richtig heißt. Das muß ich alles noch lernen. Wir sind dumm, weil wir keine ausreichende Schulbildung gehabt haben. Monismus; Intellektualismus, Spiritualismus, das muß ich alles noch verstehen,“ sagte Lepp ernst.

„Was Kommunitismus bedeutet, wissen Sie aber!“ fragte Unbehaun etwas ältlich.

„Auch noch nicht ganz und gar,“ gestand Lepp ehrlich. „Wir haben aber die kapitalistische Gesellschaftsform, und daß wir daran recht haben, kann auch der blindeste begreifen, wenn er will.“

Unbehaun wurde ärgerlich. „Na ja, der Volkswissenschaft ist ja auch für die Dummen. Können Sie denn nicht einsehen, daß das Staatschiff nur von den gebildeten Oberschichten geleitet werden kann? Ich will über Ihre Ideen nicht urteilen, weil ich nicht über die nötige Einsicht in Politik und Staatswissenschaft verfüge. Sie sind mit Ihrem Mundwerk natürlich immer gleich fertig. Was wollen Sie überhaupt. Sie haben doch Ihre Revolution gekämpft!“

„Was? Revolution? Sie wollen wohl „Kosel“ sagen. Wenn es so weiter geht, wie jetzt, haben wir in einem halben Jahr die Monarchie wieder... Aber das ist dann die letzte; sie wird nicht lange dauern. Dann kommt der Zukunftsstaat.“

„In dem Sie natürlich eine erste Geige spielen wollen! Da müssen Sie aber noch viel lernen.“

„Das will ich auch.“

„Da müssen Sie erst einmal die Menschen ändern. Gott sei Dank sind die Bürgerlichen noch in der Mehrzahl. Ich bin Demokrat.“

Unbehaun vergaß ganz, daß er selber einmal sozialistisch gewählt hatte und daß ihm die Gesellschaftsform ebenfalls verbesserungsbedürftig schien; aber er war ein Theoretiker, ein Mensch auf einer höheren Warte, und hatte als solcher ohne weiteres die Verpflichtung, diesen ungebildeten Proleten zu widersprechen. Eine Forderung der Zukunft konnte nur durch den Widerspruch einer Preisvorlesung in die Wege geleitet werden. „Wir wollten die Menschen schon ändern!“ rief Lepp beglückt. „Gibt uns doch die Schulen, nachher sind in 10 Jahren unsere Kinder nicht mehr dumm. Was ist denn gefehlt? Ein Dreivierteljahr nach der sogenannten Revolution, die ja auch von der Einheitschule geschwächt hatte, laufen Majore in den höheren Schulen herum und fordern die jungen Herren auf, Späherdienste gegen uns zu tun, und die Bürgerlichen werden sich in Scharen. Ich habe Beweise! Und das Schiebergeschäft an der Börse und überall sehen

Sie wohl auch nicht? Dem Kapital ist gar nichts geidehen.“

„Das wird schon keine Gründe haben,“ sagte Unbehaun philosophisch. „Aber Lepp kam bei jeder Unterbrechung in Wut, wollte Kapitalisten- und Koselbedenken sehen und schimpfte mächtig auf die Regierung, die aus Humanitätsduselei jeden Fortschritt ermoder.“

„Sie würden es auch nicht besser machen,“ meinte Unbehaun ohne seine Ruhe zu verlieren.

„Ihre Sorte, das sind die Nichtigen! Die Vorläufigen! Die Sorgfältigen, die erst sechs Jahre Bücher auswendig lernen müssen, ehe sie den Tag von der Nacht unterscheiden können! Ich frage Sie: Ist es recht, daß jeder beliebige Lumpenkerl Millionär werden kann, ohne zu arbeiten, nur weil er Geld hat, um zu spekulieren?“

„Nein, aber er kann ja auch Paß haben. Im Prinzip ist es natürlich verwerflich.“

„In Prinzip! Sie! Ist es recht, daß die geistigen Kinder dumm bleiben müssen, wenn ihre Eltern kein Geld haben, wie es mir gegangen ist?“

„Dumm? Sie meinen ungebildet. Aber das gebe ich zu, die Erziehungsmöglichkeit müßte für alle die gleiche sein.“

„Na also! Ist es recht, daß die großen Herren verächtlich auf uns heruntersehen? Sie sind auch nicht besser, obgleich Sie nur so ein Höflichkeitshaben!“

„Das ist alles geschichtlich geworden. Aber schon ist es ja nicht.“

„Und glauben Sie, daß unser Staat bei dieser behutsamen Schonung der Geldhaken keine Milliarden schulden bezahlen kann?“

„Nein, aber wenn Sie das Geld abschaffen, kann doch erst recht nicht bezahlt werden.“

„Sie Bürger, Sie Demokrat! Sie geben alles zu und sagen ein Aber hinterher. Das ist es ja eben. Das sind die Leute, die an allem Unglück schuld sind. Eine ganz schandhafte Schweinehand!“

„Erlauben Sie, lieber Freund, Sie sind mein Gast!“





